

Protokoll Nr. 30 über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz

Sitzungstermin: Donnerstag, 12.09.2024
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 19:10 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Vorsitzende

Winter, Maria

SPD-Fraktion

Hemken, Harald
Kruse, Doris
Strelow, Gregor

(ab 17:05 Uhr)
für Andreas ten Hove
(bis 18:30 Uhr)

CDU-Fraktion

Falbe, Ole
Gröttrup, Bernd

Gruppe GRÜNE feat. Urmel

Meyering, Johannes
Renken, Bernd

für Christian Nützel

FDP-Fraktion

Bolinus, Erich

Die PARTEI

Greving, Hagen

GfE-Fraktion

Eichhorn, Jochen

Verwaltungsvorstand

Krantz, Irina

Stadtbourätin

von der Verwaltung

Federolf, Christian, Dr.
Gerdes, Jann
Malzahn, David

Protokollführung

Neuenstein, Mareike

Als Gäste:

Mitglieder des Klimarates des Max-Windmüller Gymnasiums

Protokoll Nr. 30 über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz am 12.09.2024

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau Winter eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Beschluss:

Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Der TOP 14 „Vorlage 18/1334, Kommunale Wärmeplanung – Antrag der SPD-Fraktion vom 28.08.2024“ wird vorgezogen, da der Klimarat des Max-Windmüller-Gymnasiums an der Ausschusssitzung teilnimmt und vorträgt.

Beschluss:

Die Tagesordnung wird mit dieser Änderung genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Genehmigung des Protokolls Nr. 29 über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz vom 13.08.2024

Beschluss:

Das Protokoll Nr. 29. über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz am 13.08.2024 wird wie vorgelegt genehmigt.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit

TOP 4 Einwohnerfragestunde

Keine

B E S C H L U S S V O R L A G E N

TOP 5 Weiterentwicklung der Verkehrsregion Ems-Jade GbR (VEJ) zu einem Verkehrs- und Mobilitätsverbund durch Umwandlung und Gründung der Gesellschaft Verkehrsregion Ems-Jade mit beschränkter Haftung (GVEJ)
Vorlage: 18/1323

Frau Krantz führt zu der Vorlage aus.

Herr Strelow erkundigt sich, warum bisher noch nichts umgesetzt sei, über die Verkehrsregion sei schon öfter beraten worden.

Protokoll Nr. 30 über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz am 12.09.2024

Herr Eichhorn fragt, warum die Umwandlung in eine GmbH erforderlich sei. Er könne bei der GbR kein erhöhtes Haftungsrisiko erkennen, eine GmbH sei rechtlich komplexer als eine GbR.

Herr Falbe weist darauf hin, dass es zum einen durch den bedauerlichen Austritt des Landkreises Emsland, zum anderen durch Beanstandungen der Kommunalaufsicht und personelle Engpässe zu Verzögerungen gekommen sei. Die GmbH werde bewusst so gestaltet, um sich die Möglichkeiten einer intensiveren Zusammenarbeit offen zu halten.

Frau Krantz teilt mit, dass es in der Vergangenheit viele Ideen für die Ausgestaltung der Verkehrsregion, wie z.B. Dachverband und Zweckverband, gegeben habe. Der Landkreis Emsland habe sich nun zu einem Austritt entschlossen, dies sei sehr schade, da die Zusammenlegung eine positive Bündelung der Kompetenzen, insbesondere bei Servicedienstleistungen und Marketing, bewirken werde. Da sich im Landkreis Friesland keine politische Mehrheit für den Zweckverband habe finden lassen, versuche man nun, mit der GmbH die Ursprungsideen teilweise noch zu retten. Es sei zwar so, dass der Stadtverkehr Emden vielfach schon weiter sei als die VEJ, z.B. bei digitalen Anzeigetafeln, dennoch sei der Zusammenschluss positiv. Durch den Austritt des Landkreises Emsland würden sich für alle beteiligten Kommunen die abzuführenden Beiträge erhöhen. Der finanzielle Aufwand für die Stadt Emden werde über das Protokoll mitgeteilt.

Anmerkung der Protokollführerin: Durch den Austritt des Landkreises Emsland und die personellen Veränderungen bei der zukünftigen GVEJ fallen jährliche Mehrkosten für die Stadt Emden von ca. 19.000,00 € an. Diese werden allerdings zu 100% durch die Beihilfen des Landes abgegolten. Es entsteht keine zusätzliche Belastung für den städtischen Haushalt.

Herr Strelow regt an, dass Herr Falbe in das entsprechende Gremium mitnehme, dass die Planungen endlich beendet werden müssten, die VEJ solle sich auf ihr Kerngeschäft der Verkehrsplanung konzentrieren.

Frau Krantz korrigiert, dass die Kommunen die Verkehre eigenständig organisieren würden, die VEJ übernehme nur die sonstigen Aufgaben, wie Service, Marketing, Darstellung der Netzpläne.

Beschluss:

1. Zustimmung zur Änderung des Gesellschaftsvertrags der VEJ GbR nach Maßgabe des Gesellschafterbeschlusses vom 16.08.2024 (Änderung § 11 Abs. 1 und 2 des Gesellschaftsvertrages), (Anlage 1 der Vorlage 18/1323).
2. Unter der Bedingung, dass der Landkreis Emsland einen Antrag auf Ausscheiden zum 31.12.2024 gestellt hat, stimmt der Rat dem Antrag zu.
3. Zustimmung zur Änderung des Gesellschaftsvertrags der VEJ GbR nach Maßgabe des Gesellschafterbeschlusses vom 16.08.2024 (Änderung § 2 des Gesellschaftsvertrages) (Anlage 2 der Vorlage 18/1323) unter der Bedingung, dass der Landkreis Emsland einen Antrag auf Ausscheiden zum 31.12.2024 gestellt hat und diesem die Gesellschafter zugestimmt haben.
4. Zustimmung zur Eintragung der VEJ GbR in das Handelsregister.
5. Der Rat ermächtigt die Vertreter in einer Gesellschafterversammlung der VEJ GbR die Geschäftsführung der VEJ GbR zu ermächtigen, einen Geschäftsführer oder eine Geschäftsführerin für die neue GVEJ auszuwählen und diesen, durch die Gesellschafterversammlung bestellen zu lassen.
6. Zustimmung zur Umwandlung der VEJ GbR in eine GmbH auf Grundlage eines noch von den Gesellschaftern der VEJ GbR zu fassenden Formwechselbeschlusses mit Wirkung zum 01.01.2025 zu (Anlage 3 der Vorlage 18/1323), vermöge dessen die Gesellschaftssatzung für die „Gesellschaft Verkehrsregion Ems Jade mbH (GVEJ)“ (Anlage 4 der Vorlage 18/1323) wirksam wird.

Protokoll Nr. 30 über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz am 12.09.2024

Insbesondere ermächtigt der Rat die Verwaltung zu den folgenden Erklärungen:

- a) Verzicht auf die Erstattung eines Umwandlungsberichts gem. 192 UmwG
- b) Verzicht auf ein Abfindungsangebot gem. § 207 UmwG
- c) Verzicht auf Erhebung einer Anfechtungs- oder Nichtigkeitsklage gegen den Formwechselbeschluss gem. § 16 Abs. 2 S. 2 UmwG
- d) Zustimmung zum Formwechselbeschluss

Die Verwaltung wird zudem ermächtigt, allen notwendigen steuerrechtlichen, rechtlichen und redaktionellen Änderungen am Entwurf des notariellen Formwechselbeschlusses (Anlage 3) sowie der Gesellschaftssatzung für die „Gesellschaft Verkehrsregion Ems Jade mbH (GVEJ)“ (Anlage 4 der Vorlage 18/1323) zuzustimmen.

7. Der Rat beschließt, neben Herrn Oberbürgermeister Tim Kruithoff als weiteren Vertreter Herrn Ole Falbe sowie als Stellvertreterin von Herrn Oberbürgermeister Kruithoff Frau Stadtbaurätin Irina Krantz in die Gesellschafterversammlung der GVEJ zu entsenden.
8. Informatorische Kenntnisnahme des vorläufigen Wirtschaftsplans der GVEJ für das Jahr 2025 (Anlage 5 der Vorlage 18/1323).

Ergebnis: einstimmig

TOP 6 Sanierungsgebiet „Port Arthur Transvaal /Südliche Ringstraße“ - Fortschreibung der Kosten- und Finanzierungsübersicht
Vorlage: 18/1304

Herr Malzahn führt kurz zur Vorlage aus.

Herr Renken erkundigt sich hinsichtlich des Gebäudeabbruchs Nesserlander Straße 28-40 über die Anzahl der noch bewohnten Wohnungen, dem Angebot von Alternativwohnungen und dem Abrisszeitpunkt. Zudem möchte er wissen, warum das Projekt „Gemeinschaftsgarten“ nicht mehr umgesetzt werde und wie der Sachstand zur Grünstreifenbegrünung sei.

Herr Strelow begrüßt die Planungen, da diese ein großer Wurf für den Stadtteil seien, und erfragt den Start der Baumaßnahmen auf dem Ültje-Gelände.

Frau Krantz erläutert, dass Bodengutachten und Kampfmittelräumung größtenteils abgeschlossen seien, derzeit erfolge die Abstimmung hinsichtlich der Entwässerung, die Erschließungsverträge seien noch nicht geschlossen. Beabsichtigter Baubeginn sei derzeit das Frühjahr 2025.

Herr Malzahn kündigt eine Antwort bezüglich der Mieterzahl über das Protokoll an, es gebe schon jetzt Leerstand. Der Fachdienst Stadtplanung sei im engen Austausch mit der Investorin und dem Fachbereich Gesundheit/Soziales. Es sei ähnlich wie im Glaspalast ein Umzugsmanagement durch Sanierungsmittel geplant. Ein Termin für den Abbruch stehe noch nicht fest, zunächst werde die Rückmeldung des Fördermittelgebers und der Abschluss der Bauleitplanung abgewartet, damit es zu keiner langzeitigen Baulücke komme. Der Gemeinschaftsgarten sei eine Idee von Studierenden gewesen, die Initiatoren seien inzwischen nicht mehr in Emden, neue Interessenten zur Weiterführung des Projektes hätten sich nicht gefunden.

Anmerkung der Protokollführerin: Die derzeitige Anzahl der Mieter ist der Verwaltung nicht bekannt.

Protokoll Nr. 30 über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz am 12.09.2024

Herr Malzahn bestätigt auf Nachfrage von **Herrn Falbe**, dass die Kostensteigerungen in der Erhöhung des Eigenanteils von 1, 2 Mio. € eingeschlossen seien.

Herr Bolinius stimmt den Neuplanungen zu, er hofft, dass man mit den 1,2 Mio. € auskommen werde.

Beschluss:

Die Kosten- und Finanzierungsübersicht für das Sanierungsgebiet in Port Arthur Transvaal / Südliche Ringstraße wird fortgeschrieben (siehe Anlage 1 der Vorlage 18/1304). Die Fortschreibung steht unter dem Vorbehalt der Anerkennung durch den Fördermittelgeber.

Ergebnis: einstimmig

- TOP 7 Vorhabenbezogener Bebauungsplan A 35 „Mehrfamilienhaus Abdenastraße“;
2. Nachtrag zum Durchführungsvertrag gem. § 12 Abs. 1 BauGB
Vorlage: 18/1173/1

Herr Malzahn führt kurz zur Vorlage aus und berichtet, dass es auf dem Grundstück schon die ersten Bauaktivitäten gebe.

Herr Hemken begrüßt die Umplanung, in Emden fehle Wohnraum und gleichzeitig falle Leerstand in Gewerbeeinheiten auf.

Beschluss:

Dem Abschluss des Nachtrags zum Durchführungsvertrag gemäß § 12 Abs. 1 BauGB vom 23.02.2021/15.06.2021 zwischen der Stadt Emden und der Alberding & Hamann GmbH & Co. KG (vgl. Anlage 1) wird zugestimmt.

Ergebnis: einstimmig

- TOP 8 Einziehung eines Abschnittes der Straße „Der Alte Postweg“
Vorlage: 18/1321

Herr Malzahn führt kurz zur Vorlage aus.

Beschluss:

Der in Anlage 1 der Vorlage 18/1321 rot gekennzeichnete Abschnitt der Straße „Der Alte Postweg“ zwischen dem Abzweig zur Kreuzstraße (Flurstück 47/29) sowie dem Beginn des südlich abzweigenden Rad- und Fußweges (Flurstück 41/132) wird auf einer Länge von ca. 48 Metern gem. § 8 Abs. 1 S. 1 des Niedersächsischen Straßengesetzes (NStrG) mit Wirkung zum 01.11.2024 eingezogen.

Ergebnis: einstimmig

- TOP 9 Erschließungsvertrag zwischen der Stadt Emden und der Emdener Bau und Boden GmbH für das Bebauungsplangebiet D 168 „Japaninsel“.
Vorlage: 18/1324

Herr Malzahn führt kurz zur Vorlage aus und weist darauf hin, dass nach der Fertigstellung eine Übergabe der Straßenflächen an die Stadt erfolgen werde.

Protokoll Nr. 30 über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz am 12.09.2024

Beschluss:

Dem Abschluss des Erschließungsvertrages gemäß § 11 BauGB zwischen der Stadt Emden und der Emder Bau und Boden GmbH, geschäftsansässig in 26721 Emden, Große Straße 10-12, vertreten durch die Geschäftsführer Jochen Eichhorn und Gerhard Ludolph, über die Erschließung des Bebauungsplangebietes D 168 „Japaninsel“ wird in der als Anlage 1 zu dieser Vorlage bestehenden Form zugestimmt.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit

MITTEILUNGSVORLAGEN

TOP 10 Untersuchung eines Halbstundentakts im SPNV auf der Emslandstrecke
Vorlage: 18/1325

Frau Krantz führt zur Vorlage aus und betont, dass ein Halbstundentakt die Stadt Emden attraktiver für Arbeitnehmer und Tourismus mache. Ein Treffen mit der LNVG und dem Staatssekretär habe stattgefunden, es sei eine enge Zusammenarbeit vereinbart worden. Somit gebe es Hoffnung auf eine Verbesserung der Taktungen.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

ANTRÄGE VON FRAKTIONEN & GRUPPEN

TOP 11 Verkehrsführung Radverkehr am Rathaus;
- Antrag der Gruppe "GRÜNE feat. Urmel" vom 07.08.2024
Vorlage: 18/1310

Herr Renken führt zur Vorlage aus und merkt zu dem abweichenden Beschlussentwurf der Verwaltung an, dass er nicht noch Monate warten wolle, bis die Pläne fertig seien. Er zeigt sich nicht erfreut, dass kurzfristig noch nichts passiert sei.

Frau Winter weist darauf hin, dass Herr Kruithoff im Verwaltungsausschuss angekündigt habe, sich der Sache anzunehmen. Unter den Fahrradfahrern herrsche große Verunsicherung.

Herr Eichhorn ergänzt, dass auch er schon im Verwaltungsausschuss auf die Situation aufmerksam gemacht habe, es gebe auch an vielen anderen Stellen in der Stadt Probleme. Er kündigt an, dem Beschlussentwurf der Verwaltung nicht zu folgen. Die Fahrradfahrer würden nicht absteigen und keine Handzeichen geben, es entstünden Rückstaus im Autoverkehr.

Herr Falbe bestätigt, dass die Fahrradfahrer keine Handzeichen geben würden, und spricht sich gegen noch mehr Schilder zur Regelung der Situation aus.

Herr Hemken sieht den Grund für die Problematik in dem Abstellen der Ampeln. Er selbst habe keinen Vorschlag zur Verbesserung, die Experten der Verwaltung sollten sich Gedanken machen. Er befürworte den Antrag der Grünen feat. Urmel, da die Umgestaltung der Neutorstraße noch dauern werde und durch die chaotische Situation ein hohes Unfallrisiko entstanden sei.

Protokoll Nr. 30 über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz am 12.09.2024

Herr Strelow verweist auf die Gefahren der dunklen Jahreszeit, eine Verbesserung sei dringend notwendig. Er spricht sich gegen Schilder aus, diese sehe niemand, es seien Farbstreifen auf der Straße nötig, wie etwa beim Lindenhof.

Herr Meyering regt an, über die Ampeln Hüllen zu stülpen, damit alle wissen, dass diese nicht mehr in Betrieb seien.

Herr Bolinius erklärt, dass die Autofahrer nicht wüssten, was die Radfahrer machen, müsse denn erst etwas passieren, bevor was passiert.

Frau Krantz führt aus, dass die Stadtverwaltung die Situation ebenfalls nicht für optimal erachte. Die Planungsleistung für den Bereich Neutorstraße sei europaweit ausgeschrieben, das Verfahren solle bis Jahresende abgeschlossen sein. Wenn die Fachplaner einen Lösungsvorschlag für die Radverkehrsführung erarbeitet haben sollten, könnte die Umsetzung auch schon frühzeitig erfolgen. Es sei sinnvoller, die Entwürfe der Fachplaner abzuwarten als bis dahin selbst alle drei Monate eine andere Idee umzusetzen. Die meisten Verkehrsteilnehmenden würden ein gemeinsames Miteinander finden. Es sei beabsichtigt, die Ampeln möglichst noch in diesem Jahr komplett abzubauen.

Herr Hemken weist darauf hin, dass der Antrag der Grünen feat. Urmel keine Frist genannt habe, es werde kein Gutachten gefordert, es sei ein Appell an die Stadtverwaltung, sich Gedanken zu machen.

Herr Strelow ergänzt, dass dies auch im Rahmen der nun ausgeschriebenen Planung erfolgen könne.

Frau Krantz stellt fest, dass sich die Anträge also eigentlich nicht unterscheiden würden.

Herr Eichhorn schlägt vor, die gesperrte Linksabbiegerspur für den Radverkehr nutzbar zu machen, ein bisschen Farbe strapaziere den Haushalt nicht.

Herr Falbe erkundigt sich nach dem Sachstand des Ampelabbaus.

Frau Krantz erklärt, dass noch auf die Genehmigung des Fördermittelgebers zum vorzeitigen Maßnahmenbeginn gewartet werde, danach könne der Abbau innerhalb von sechs Wochen erfolgen. Entsprechende Firmen seien bereits angefragt.

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten, für den Radverkehr aus Richtung der Straße Am Delft in die Neutorstraße Richtung Agterum (verkehrsberuhigter Geschäftsbereich) ein sicheres Linksabbiegen zu ermöglichen.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit

TOP 12 Bericht zum integrierten Klimaanpassungskonzept;
- Antrag der Gruppe "GRÜNE feat. Urmel" vom 14.08.2024
Vorlage: 18/1326

Herr Renken kündigt den Bericht der Verwaltung an.

Frau Neumann, Klimafolgenanpassungsmanagerin, Fachdienst Umwelt und Klimaschutz, berichtet anhand der beigefügten Präsentation.

Protokoll Nr. 30 über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz am 12.09.2024

Herr Renken bedankt sich für den Bericht und erfragt, welche Akteure bei dem Maßnahmenkatalog und der Priorisierung mitgewirkt hätten und ob Politik, Schulen und Seniorenbeirat beteiligt gewesen seien. Es bestehe Bedarf an breiter Beteiligung, wenn das Konzept bis zum Jahresende erstellt sein solle. Er erfragt zudem, ob ein Förderprogramm für Fassadenbegrünung angedacht sei und ob bzw. in welchem Umfang Trinkwasserbrunnen gefördert würden.

Frau Kruse betont, dass sie schon mehrfach Hitzeschutzpläne, insbesondere für Pflegeeinrichtungen, angeregt habe. Bei der Bereisung hätten sie sich in der Schule in Petkum den Trinkwasserautomaten anschauen können.

Frau Neumann erklärt, dass – auch wegen der zeitlichen Vorgaben – viele als Multiplikatoren dienende Fachleute, z.B. von den Wohnungsgesellschaften, dem Fachdienst Schule, dem Fachbereich Gesundheit u. Soziales beteiligt wurden. Die Stadt Emden habe leider keine Förderung für Trinkwasserbrunnen erhalten.

Herr Dr. Federolf ergänzt, dass Hitzeschutz ein wichtiger Aspekt der menschlichen Gesundheit sei. Es gebe viele Baustellen, viele Akteure, viele Zuständigkeiten. Er ergänzt die beteiligten Akteure um die Stadtwerke, GME und BEE, Landwirtschaftskammer. Zudem erklärt er, dass der FB 300 zwar das Klimafolgenanpassungskonzept erstellen würde, der FB 300 aber nicht für jeden Bereich zuständig sei und entsprechende Bereiche von anderen Organisationseinheiten bearbeitet werden müssten.

Herr Gerdes weist darauf hin, dass der Masterplan 100 % Klimaschutz partizipativ angelegt sei, wohingegen das Klimaanpassungskonzept von der Förderkulisse her auf die Fachlichkeit ausgerichtet sei.

Herr Falbe teilt mit, dass bereits vor zwei Jahren ein Antrag im Jugendparlament wegen überhitzter Klassenräume gestellt worden sei.

Frau Neumann bestätigt, dass die Schulen in dem Klimaanpassungskonzept Berücksichtigung finden würden.

Frau Krantz führt aus, dass inzwischen auch ein Umdenken bei Neuplanungen und Sanierungen erfolgt sei, hier habe man den Hitzeschutz in Schulen, Kitas etc. immer im Blick, z.B. werde beim Austausch kaputter Fenster auf die richtige Verglasung geachtet.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 13 Weitere Anfragen zum Baugebiet Zum Bind;
- Antrag der FDP-Fraktion vom 21.08.2024
Vorlage: 18/1327

Herr Bolinius erläutert den Antrag.

Herr Malzahn teilt mit, dass die städtebauliche Konzeption überarbeitet werden musste, aber inzwischen fertig sei. Die Kartierungen für den Umweltbericht seien fast abgeschlossen, der Bebauungsplan werde entwickelt. Im Anschluss werde die Planung zeitnah im Ausschuss vorgestellt. Es bestehe enger Kontakt mit dem Investor.

Herr Bolinius erkundigt sich, wann die Bagger kommen würden.

Protokoll Nr. 30 über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz am 12.09.2024

Herr Malzahn erwidert, dass es sich bei der Bauleitplanung um ein ergebnisoffenes Verfahren handle, einen Startzeitpunkt könne er deshalb nicht benennen. Eventuell ergäben sich durch die Stellungnahmen in Bebauungsplanverfahren noch neue Aspekte und auch dieser Ausschuss und der Rat müssten zustimmen.

Herr Bolinius betont, dass er nicht verstehe, dass der Investor so lange brauche, er sei sehr frustriert.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 14 Kommunale Wärmeplanung;
- Antrag der SPD-Fraktion vom 28.08.2024
Vorlage: 18/1331

Frau Winter führt kurz zur Vorlage aus.

Der **Klimarat** des Max-Windmüller-Gymnasiums berichtet anhand der beigefügten Präsentation über sein Projekt „Dekarbonisierung des Wärmenetzes“.

Frau Winter bedankt sich bei dem Klimarat.

Der **Klimarat** teilt auf **Herrn Hemkens** Frage nach dem Unterstützungsbedarf vonseiten des Ausschusses mit, dass Gelder für die Studie benötigt würden und öffentliche Unterstützung für eine breitere Bekanntmachung.

Auch **Herr Strelow** bedankt sich und erkundigt sich bei der Verwaltung nach dem Sachstand.

Herr Renken führt aus, dass die Stadt die Stadtwerke mit einer kommunalen Wärmeplanung beauftragt habe. Es gebe schon vier Nahwärmenetze, die bestehenden Strukturen und die Machbarkeit anderer Möglichkeiten würden untersucht werden. Im Jahr 2025 sei mit Ergebnissen zu rechnen. Fraglich sei, ob neben der Machbarkeitsstudie der Stadtwerke noch eine parallele Studie der Schule bzw. des Klimarates erforderlich sei. Eventuell könne der Klimarat Mitglied im Klimabeirat werden. **Herr Bolinius** stimmt Herrn Renken zu.

Frau Krantz bedankt sich ebenfalls beim Klimarat und zeigt sich beeindruckt von der Detailtiefe. Insbesondere das Wärmenetz im Kulturviertel sei sehr wichtig, bei dem Förderantrag für die Nordseehalle sei bereits angegeben worden, dass eine regenerative Energieversorgung beabsichtigt sei, so dass die Stadt hier eine Selbstverpflichtung zur schnellen Umsetzung eingegangen sei. Eine Entsendung in den Klimabeirat könnte gegebenenfalls für alle Schulen in Betracht kommen, die Verwaltung werde dies intern abstimmen.

Der **Klimarat** erkundigt sich, wie lange die Wärmeplanung noch dauere und ob das bestehende Wärmenetz im Kulturviertel nicht als Pilotprojekt vorgezogen werden könne.

Frau Krantz erwidert, dass durch die Selbstverpflichtung bei der Nordseehalle eine Erledigung bis 2029 vorgegeben sei.

Herr Hemken ergänzt, dass dies nicht nur die Nordseehalle, sondern auch auf die umliegenden Gebäude, die an das Wärmenetz angeschlossen seien, gelte.

Frau Winter teilt mit, dass die Stadtwerke im Frühjahr 2025 wieder einen Sachstand zur Wärmeplanung präsentieren würden.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Protokoll Nr. 30 über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz am 12.09.2024

TOP 15 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Keine.

TOP 16 Anfragen

16.1 Sanierung „Luftbrücke“ Uphusen

Herr Hemken führt aus, dass die Wolthuser Straße zu 90 % fertig sei, lediglich das Teilstück vor der „Luftbrücke“ noch nicht. Er erkundigt sich, wann dieses fertiggestellt werde und ob die Brücke auch Bestandteil der Maßnahme sei.

Frau Krantz erwidert, dass das Teilstück im Haushalt des BEE für 2025 eingeplant sei und zur Vermeidung des Wegfalls der Förderung auch im nächsten Jahr abgeschlossen werden müsse. Bezüglich der Einbeziehung der Brücke kündigt sie eine Antwort über das Protokoll an. Aus gegebenem Anlass weist sie darauf hin, dass die Emdener Brücken im Rahmen von Brückenüberprüfungen regelmäßig kontrolliert würden.

Anmerkung der Protokollführerin: Der BEE hat mitgeteilt, dass die Brücke („Uphuser Luftbrücke“) nicht saniert werde, diese sei nicht Bestandteil der Förderung.

16.2 Mobiliar Neutorstraße

Herr Gröttrup regt an, das mobile Mobiliar dort zu entfernen, wo es keine Funktion habe und für ein unruhiges Stadtbild Sorge, z.B. auf der Neutorstraße zwischen „burgerme“ und dem Dönerladen.

16.3 Wohnungsbedarf – Pestel Studie

Herr Bolinius berichtet, dass er in der Emdener Zeitung über die Pestel-Studie gelesen habe, nach der Studie würden in Emden 1.100 Wohnungen leerstehen bzw. unbewohnbar sein und es müssten jährlich 170 neue Wohnungen entstehen.

Frau Krantz teilt mit, dass sich die Verwaltung intensiv mit dem Wohnungsmarkt und -bedarf beschäftige, insbesondere in Gebieten mit hoher Bebauungsdichte, z.B. Barenburg, Port Arthur/Transvaal. Es gebe die Wohnraumförderstelle und es bestehe enger Kontakt zu den Wohnungsgesellschaften. Sie kündigt eine Information zum Wohnungsbedarf und Wohnungsbau über das Protokoll an.

Anmerkung der Protokollführerin: Derzeit wird das Wohnraumversorgungs- und Entwicklungskonzept des GEWOS Instituts aus dem Jahr 2019 aktualisiert bzw. neu gefasst, da dieses inzwischen nicht mehr vollumfänglich richtungsweisend ist. Die Auftaktworkshops haben bereits stattgefunden.

16.4 Saatkrähen im Stadtteil Widdelswehr

Herr Bolinius teilt mit, dass sich an der Bahnhofstraße/Ems-Seitenkanal über 200 Nester von Saatkrähen befänden. Ihm sei bewusst, dass Saatkrähen unter Naturschutz stünden. Er

Protokoll Nr. 30 über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz am 12.09.2024

erkundigt sich, ob eine Vergrämung möglich wäre, da die Belastung für die Anwohnenden hoch sei.

Herr Dr. Federolf erklärt, dass Saatkrähen inkl. der Nester unter Artenschutz stünden. Die Saatkrähen seien sehr intelligent und würden sich schnell an die jeweiligen Vergrämungsmaßnahmen anpassen. Außerdem könnten sich durch eine Aufspaltung der Population nach der Vergrämung mehrere neue Hotspots bilden. Die Naturschutzbehörde in diesem konkreten Falle habe keine Handhabe zur Unterbindung.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung.